

Der Tod als geringere Bedrohung

Das Schicksal abgeschobener Afghanen

Bernd Mesovic

Eine aktuelle Studie der Sozialwissenschaftlerin Friederike Stahlmann zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen beschäftigt sich mit deren Situation. Untersucht werden Personen, die zwischen Dezember 2016 und April 2019 aus Deutschland abgeschoben wurden. Welche Unterstützung fanden sie? Hatten sie Zugang zu Obdach, Arbeit und medizinischer Versorgung? Welche Gewalterfahrungen machten sie nach der Ankunft? Was aus ihnen geworden ist, skizziert der Autor und fasst die Studie zusammen.

Der Dokumentation liegen 55 Fälle zugrunde, immerhin etwa zehn Prozent der in diesem Zeitraum Abgeschobenen, und dies trotz aller Sicherheitsbedenken vieler Abgeschobener und der Schwierigkeit, überhaupt einen Kontakt herzustellen.

Die Ergebnisse sind verstörend und sollten denen zu denken geben, die Afghanistan-Abschiebungen immer noch für vertretbar halten, obwohl sich die Lage in Afghanistan ständig verschärft. Die Studie ergab, dass Gewalt gegen Abgeschobene und ihre Familien aufgrund ihrer Rückkehr nicht nur mit hoher Wahrscheinlichkeit eintritt, sondern auch bereits innerhalb kürzester Zeit nach der Ankunft. Von den 31, die Afghanistan nicht bereits wieder binnen zwei Monaten verlassen haben und erneut auf die Flucht gingen, gaben 90 Prozent an, Gewalterfahrungen gemacht zu haben. Über 50 Prozent berichteten von Gewalterfahrungen, die auch sonst den afghanischen Alltag prägen: Drei Mal wurden Abgeschobene durch Anschläge so schwer verletzt, dass sie notversorgt werden mussten. Andere berichteten über Festnahmen und Misshandlungen bei Straßenkontrollen der Taliban beim Versuch, von Kabul aus ihre Heimatprovinzen zu erreichen, über Bedrohungen und Zwangsre-

krutierungsversuche durch die Taliban. Acht wurden Opfer von bewaffneten Raubüberfällen.

Misstrauen, Bedrohungen, Gewalt

Ebenfalls über 50 Prozent berichteten von Gewalterfahrungen aufgrund ihres Aufenthalts in Europa. Von Seiten der Taliban wird die Flucht nach Europa mit Misstrauen beäugt oder gar als ein „Überlaufen zum Feind“ betrachtet. Bei den Bedrohungen durch die Taliban fällt auf, dass diese nicht selten über den Auslandsaufenthalt und das Land der Zufluchtssuche Bescheid wissen. Betroffene berichteten aber auch, dass sie von Nachbar(inne)n, Familienangehörigen und sogar Fremden auf der Straße als „Verräter“ oder „Ungläubige“ angesehen, bedroht, gejagt oder angegriffen wurden. Auch wer Kontakt hält zu Europäer(inne)n, gar Journalist(inn)en, begibt sich in Gefahr. Die Berichterstattung der afghanischen Medien ist ein weiteres Gefährdungsmoment.

Mehr als 85 Prozent der Abgeschobenen gaben an, sich hauptsächlich durch private Unterstützung aus dem Ausland über Wasser zu halten, soweit das überhaupt gelingt. Freunde und Freundinnen, Verwandte, Helferkreise, Kirchengemeinden, ehe-

malige Mitschüler/-innen versuchen zu helfen – auf Dauer angelegt und möglich ist diese Unterstützung fast nie. Zumindest stellen Unterstützer/-innen jedoch einen wichtigen psychischen Halt in der meist als aussichtslos empfundenen Situation dar. Keinem einzigen der Befragten ist eine Existenzgründung durch Arbeit oder auf andere nachhaltige Weise gelungen. Ihre spezifischen Sicherheitsrisiken als Abgeschobene wirken sich hier erschwerend aus. Mit familiärer Solidarität können Abgeschobene in Afghanistan schon deshalb selten rechnen, weil sich die Familien dadurch selbst in die Gefahr von Verfolgung und kriminellen Übergriffen bringen würden. 90 Prozent der befragten Betroffenen leben in Verstecken.

Rückkehrhilfen erweisen sich als wenig wirksam. Nur sieben von 47 zu diesem Thema Befragten erhielten finanzielle Unterstützung des sogenannten ERRIN-Programms (*European Return and Reintegration Network*). Selbst wenn alle notwendigen Dokumente beigebracht werden konnten, waren die Voraussetzungen für die erfolgreiche Antragstellung innerhalb der Fristen meist nicht zu erfüllen. Und auch diese Unterstützung leistet keine humanitäre Absicherung oder eine realistische Chance auf Existenzgründung.



Die meisten müssen sich verstecken

Die Wohnsituation der meisten Betroffenen ist schon aufgrund der Sicherheitslage desaströs. So waren fast 90 Prozent der Unterkünfte Versteckte. 21 der Abgeschobenen versteckten sich nach Eintreffen in Kabul zunächst bei Freund(inn)en oder Verwandten – keine Dauerlösung. Ansonsten sind Versteckte von privater finanzieller Unterstützung aus dem Ausland abhängig. Neun waren zeitweilig oder dauerhaft obdachlos.

Die Frage, ob Abgeschobene planen, in Afghanistan zu bleiben, erbrachte vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Betroffenen ein eindeutiges Ergebnis: Nur einer der 51 Kontaktierten erklärte, in Afghanistan bleiben zu wollen, nachdem er aus dem Iran erneut abgeschoben worden war. Von den 26 Personen, die sich zum Abschluss der Untersuchung noch in Afghanistan aufhielten, hofften 16 auf eine legale Rückkehr nach Deutschland im Rahmen des Visumverfahrens, was bisher drei gelungen war. Doch die Hürden sind hoch.

Angesichts der Ausweglosigkeit in Afghanistan sehen viele Betroffene in den großen Risiken einer Flucht – von

der Inhaftierung über die erneute Abschiebung bis zum möglichen Tod auf dem Mittelmeer – die geringere Bedrohung. Selbst drei der Befragten, die gute Chancen auf ein Visum für Deutschland gehabt hätten, sahen sich aufgrund der langen Wartezeit zu erneuter Flucht gezwungen. 19 weitere Personen hatten sich bereits auf eine erneute Flucht begeben, wobei 10 wieder in Europa angekommen waren – wo die einzige Chance auf tatsächlichen Schutz besteht.

Abschiebungen sind nicht hinnehmbar

Die Studie zeigt deutlich: Die Erfahrungen der Abgeschobenen widerlegen das Gerede von den angeblich sicheren Regionen Afghanistans und der geringen „Gefahrendichte“ im Lande, die den Betroffenen zumutbar sei. Wer abschiebt, weiß, dass er Menschen in Verzweiflung stürzt, dass er akute Gefährdung provoziert, Obdachlosigkeit und Verelendung schafft. PRO ASYL fordert schon seit Beginn der Sammelausschiebungen im Dezember 2016, diese wieder zu stoppen.

Denn: Angesichts der Entwicklungen in Afghanistan sind Abschiebungen dorthin nicht hinnehmbar. In der Einleitung ihrer Studie weist die Ver-

Demonstration am Frankfurter Flughafen gegen Abschiebungen nach Afghanistan.

Bild: Sebastian Scholl, flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

fasserin auf die Fakten hin: Das Armutsniveau lag schon 2016 wieder auf dem Niveau des Endes der ersten Taliban-Herrschaft. Die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, hat sich 2018 nahezu verdoppelt. Mehr Hungernde gibt es aktuell nur noch im Jemen. Nach dem *Global Peace Index* ist Afghanistan das unsicherste Land der Welt. Im Jahr 2018 gab es in Afghanistan mit großem Abstand die meisten Kriegstoten weltweit, und die Macht der Taliban ist wieder so groß, dass sie selbst in Teilen Kabuls regulär Steuern eintreiben können.

Zum Autor

Bernd Mesovic arbeitet als rechtspolitischer Referent bei PRO ASYL.

Literaturhinweis

Friederike Stahlmann: Studie zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen. In: *Asylmagazin* 8-9 / 2019, S. 276 - 286, Informationsverbund Asyl & Migration Berlin, abrufbar via <https://www.proasyl.de/news/studie-zur-situation-abgeschobener-afghanen-bedrohungen-gewalt-chancenlosigkeit/>